

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

I 132/2013 (FD)

**Interpellation interfraktionell: Auswirkungen der Annahme der Volksinitiative
"1:12 - Für gerechte Löhne" auf den Kanton und die Gemeinden im Kanton
(03.07.2013)**

Die Volksinitiative "1:12 - Für gerechte Löhne" verlangt, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als die bestbezahlte Person im gleichen Unternehmen in einem Monat. Ausgehend von einem möglichen Mindestlohn von Fr. 3'500.- bei 12 Monatslöhnen, würde das durch die Initiative zulässige Lohnmaximum im Betrieb bei rund Fr. 500'000.- eingefroren. Gesamtschweizerisch hatten 2010 ca. 12'000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein AHV-pflichtiges Einkommen von Fr. 500'000.- oder mehr. Rund 4'700 lagen über Fr. 750'000.- und etwa 2'600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienten mehr als eine Million pro Jahr. Ausgehend davon, dass nach der Annahme der Initiative alle Löhne über dem Schwellenwert verschwinden, dürfte die Eindeckelung der Löhne nicht nur Folgen innerhalb und für die betroffenen Firmen bzw. Angestellten, sondern auch Auswirkungen auf den Kanton und die Gemeinden haben. Gesamtschweizerisch sind schätzungsweise allein für die Sozialversicherungen Einnahmeneinbussen von rund 560 Mio. Franken zu erwarten.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen im Kanton Solothurn über ein Einkommen von mehr als Fr. 500'000.-? Mit welchen Ausfällen ist bei den Sozialversicherungen (AHV, IV, EO) im Kanton Solothurn zu rechnen?
2. Würde die Initiative angenommen, hätte das auch Folgen auf das Steueraufkommen. Wie gross wären geschätzt die Steuerausfälle für den Kanton Solothurn?
3. Mit welchen Steuerausfällen und Fehlbeträgen bei den Sozialversicherungen ist zu rechnen, wenn die Obergrenze des Lohnes bei Fr. 750'000.- liegt?
4. Was wären die Folgen für den kantonalen Finanzhaushalt insgesamt und den Finanzausgleich unter den Gemeinden?
5. Lässt sich abschätzen, wie gross die Steuerausfälle bei den Gemeinden sein werden?
6. Denkbar ist, dass die Annahme der Initiative darüber hinaus den unerwünschten Anreiz schafft, dass Arbeitsplätze mit Niedriglöhnen über Outsourcing, Umwandlung von Arbeitsplätzen in Praktikantenstellen, Umwandlung von Arbeitsverträgen in Beschäftigungsverträge mit "Scheinselbständigen" analog dem europäischen "Dienstnehmervertrag" eliminiert werden, damit sie das 1:12 System im Unternehmen nicht nach unten ziehen. Kann der Regierungsrat eine Schätzung abgeben, wie viele Arbeitsplätze dies theoretisch betreffen könnte?
7. Der Kanton Solothurn hat in den vergangenen Jahren immer viel Wert auf eine funktionierende Sozialpartnerschaft gelegt. Gesamtschweizerisch ist in den letzten zehn Jahren der Anteil der einem GAV unterstellten Arbeitnehmenden von 38 auf 49 Prozent angestiegen. In den letzten fünf Jahren hat die Zahl der Gesamtarbeitsverträge, die Mindestlöhne kennen, um 19 Prozent zugenommen. Gibt es diesbezüglich Statistiken, die die Entwicklung für den Kanton Solothurn darlegen?
8. Wie schätzt der Regierungsrat die Folgen für die Sozialpartnerschaft im Kanton ab, wenn die Initiative angenommen würde?

Begründung (03.07.2013): Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Markus Grütter, 2. Manfred Küng, 3. Urs Allemann, Johannes Brons, Leonz Walker, Beat Blaser, Claudia Fluri, Fritz Lehmann, Roberto Conti, Thomas Eberhard, Tobias Fischer, Silvio Jeker, Beat Künzli, Hansjörg Stoll, Christian Imark, Walter Gurtner, Christian Werner, Marianne Meister, Philippe Arnet, Kuno Tschumi, Verena Meyer, Andreas Schibli, Beat Loosli, Heiner Studer, Karin Kissling, Daniel Mackuth, Stephan Baschung, Alois Christ, Nicole Hirt, Michael Ochsenbein, Georg Nussbaumer, Sandra Kolly, Martin Flury, Fabio Jeger, Urs Ackermann, Edgar Kupper, Bruno Vögtli, Tamara Mühlemann Vescovi, Thomas Studer, Susan von Sury-Thomas, Karen Grossmann (41)